



<https://biz.ii/2kvr>

HOPPENSTEDT BEGRÜSST 50 TEILNEHMER EINER POLITISCHEN INFORMATIONSTOUR IN BERLIN

Veröffentlicht am 21.06.2019 um 15:54 von Redaktion Burgwedel-Aktuell

Der direkt gewählte Bundestagsabgeordnete für die nördliche Region Hannover, Dr. Hendrik Hoppenstedt (CDU), hat rund 50 politisch interessierte Bürgerinnen und Bürger im Rahmen einer Bildungsreise nach Berlin eingeladen. Einen erheblichen Teil der Gruppe bildeten Besucher aus den Städten Burgwedel, Langenhagen und Garbsen. Auf der Informationsfahrt besuchten die Teilnehmer unter anderem die CDU-Bundesgeschäftsstelle, den Deutschen Bundestag und erkundeten die Hauptstadt im Rahmen einer Stadtrundfahrt. Einer der Höhepunkte des dreitägigen Aufenthalts war der Besuch des Bundeskanzleramts. Nach einer Führung durch das Gebäude begrüßte Dr. Hendrik Hoppenstedt seine Gäste zu einem



Gespräch. Zunächst erläuterte der Bundestagsabgeordnete den typischen Ablauf einer Sitzungswoche im Deutschen Bundestag und seine Aufgaben als Staatsminister bei der Bundeskanzlerin. Anschließend diskutierte er mit seinen Besuchern über aktuelle politische Themen. Ein Schwerpunkt des Gesprächs war die Wahlrechtsreform, um den Bundestag zu verkleinern. Dr. Hoppenstedt führte hierbei aus, dass die CDU/CSU einige Vorschläge zur Verringerung der Abgeordnetenzahl im Deutschen Bundestag unterbreitete, die jedoch allesamt von den anderen Fraktionen abgelehnt wurden. Dadurch konnten sich die Parteien bisher nicht auf einen gemeinsamen Vorschlag einigen. Daher sei es nun auch die Aufgabe aller Parteien, neue Ideen zu entwickeln, um die notwendige Verkleinerung des Deutschen Bundestages voranzubringen. Weiterhin ging es unter anderem um die Wehrpflichtaussetzung, die Einführung einer möglichen Grundrente und um den Bereich der Pflege. Dr. Hendrik Hoppenstedt bedankte sich am Ende des Gesprächs bei seinen Gästen: "Es war eine lebendige Diskussion über aktuelle politische Themen. Ich freue mich darüber, den Besuchern dadurch auch meine Sicht der Dinge zu erläutern und meine politische Arbeit in Berlin vorstellen zu können".